

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 12-1

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

WAHLEN 95 – IRRITATIONEN IM ZENTRUM

Betrachtet man die Schweizer Politik von aussen, sind eidgenössische Wahlgänge wahrlich keine spektakulären Ereignisse. Eine Mehrparteiensregierung kann sich auf eine solide parlamentarische Mehrheit stützen, die parteipolitischen Veränderungen halten sich über längere Perioden in bescheidenem Rahmen, und die politischen Entscheidungsprozesse gehen – unter dem Einfluss direktdemokratischer Mitsprache – ihren gemächlichen Gang. Das Image eines prosperierenden und stabilen Landes wird allenfalls durch widersetzliche Volksentscheide vor allem in aussenpolitischen Fragen etwas getrübt.

Auch die Schweizer Wählerschaft lässt sich von dieser Betrachtungsweise offenbar zunehmend beeinflussen. Der Rückgang der Beteiligung an den Nationalratswahlen auf einen neuen Tiefststand wird wohl richtig dahingehend interpretiert, dass das Stimmrecht in Sachfragen für viele Bürgerinnen und Bürger wichtiger sei als das Wahlrecht. Dass dies eine irriige Einschätzung sein könnte, wird kaum je diskutiert. Problemlösungen müssen ja zuerst erarbeitet werden, bevor sie dem Publikum vermittelt und eventuell dem Souverän zum Entscheid vorgelegt werden können. Bei einigen grösseren Brocken, die in näherer Zukunft bewältigt werden müssen, werden Regierung und Parlament vor hohe Anforderungen gestellt. Im Bundeshaushalt lässt sich gewissermassen in Milliarden ablesen, welche Dimensionen die notwendigen Weichenstellungen annehmen müssten.

Davon war im Wahlkampf wenig zu spüren. Er wurde auf dem Niveau von Volksabstimmungen geführt, wo Ja oder Nein gefragt ist. So verwundert es auch wenig, dass aus den Ergebnissen, mit Ausschlägen von rund drei Prozenten, eine Polarisierung herauszulesen ist, die vor allem mit plakativen Positionen in der Europafrage erzeugt wurde. Bei genauerem Hinsehen erweisen sich freilich sowohl «Euroturbos» wie ihre Gegner als wenig konsequent; fragt man etwa in den umstrittenen konkreten Fragen der Ausländer- und der Verkehrspolitik nach, so findet man unversehens die seltsamsten unheiligen Allianzen. Immerhin lässt sich im übrigen festhalten, dass auch die Parteien, die auf Bekenntnisse verzichteten und etwas mühselig den vorgezeichneten pragmatischen Weg der Annäherung durch Verhandlungen verfochten, zwar nicht vom Bonus der

lauten Schlachtrufe profitieren, aber doch auch rund ein Drittel der Wähler auf ihre Seite bringen konnten.

Das Beispiel verleiht der These, dass sich im schweizerischen Parteiensystem eine tripolare Konstellation entwickle, einige Plausibilität. Eine von *Claude Longchamp* gut dokumentierte Wahlanalyse erhält deshalb eine gewisse Brisanz, weil sich gleichzeitig ein klarer Trend der Konzentration auf die Regierungsparteien abzeichnet, und zwar zu Lasten der kleinen Parteien, die ihre Nischen links der Mitte aufgebaut hatten, um gelegentlich Zünglein an der Waage zu spielen. Das Spiel wird nun wieder vermehrt von den Regierungsparteien selbst gespielt werden müssen. Diese Erkenntnis hat vor allem bei der FDP, die nach den Modellvorstellungen die tragende Rolle im Zentrum übernehmen müsste, Irritationen ausgelöst. So ohne weiteres will sie nicht Abstand nehmen vom eingeübten Antagonismus zwischen Rechts und Links, von einer «bürgerlichen» Politik, die eigentlich alle Trümpfe in der Hand haben müsste. Dass die CVP ihre aus Rücksicht auf den Gewerkschaftsflügel oft schillernde Kompromisshaltung mit einer fortschreitenden Erosion bezahlte, gibt den Anhängern einer liberal-konservativen Positionierung Rückhalt, und der Erfolg der SVP lässt einige von ihnen kritiklos die Verbindung mit illiberalen Vorstellungen an den rechten Rändern des bürgerlichen Spektrums befürworten.

Es wäre schade, wenn die Analyse nicht gerade aus liberaler Sicht vorurteilslos vertieft würde. Davon, dass natürlich die Sozialdemokraten Freude an der Aussicht auf wechselnde Mehrheiten bekunden, sollte man sich nicht abschrecken lassen. In grundsätzlichen, etwa wirtschafts-, sozial- und fiskalpolitischen Fragen wird man weiterhin – oder noch vermehrt – Flagge zeigen, und das heisst in Abstimmungen antreten müssen. Aber dort, wo Problemlösungen erarbeitet und die verschiedenen Interessen integriert werden müssen, sind Dialog- und Konfliktfähigkeit vonnöten, die sich mit ideologischer Sturheit und populistischer Profilierungslust nicht vereinbaren lassen. Es sind die klassischen liberalen Tugenden, die in Koalitionen von teils gegensätzlichen Minderheiten mehrheitsfähige Lösungen ermöglichen, und es ist das breite Mittelfeld der wenig

ideologisierten, auf den gesunden Menschenverstand bauenden Wirtschafts- und Staatsbürger, das für zukunftsorientierte Problemlösungen gewonnen werden kann und muss. In Regierungen und Parlamen-

ten aller Stufen, wo Politik nicht in erster Linie publikumswirksam inszeniert, sondern zuerst konstruktiv gestaltet werden muss, sind nun selbstbewusste Brückenbauer ohne Scheuklappen gefragt. ♦

Willy Linder

IST EIN LOHNFRANKEN AUCH EIN KONSUMFRANKEN?

Es gibt ökonomische Aussagen, die wegen ihrer vordergründigen Plausibilität allgemein akzeptiert werden, obwohl sie längst als *Unsinn* entlarvt worden sind. In diese Kategorie von «höheren Einsichten» gehört die Feststellung, dass ein zusätzlicher Lohnfranken in der Lohntüte der Arbeitnehmer gleichzeitig auch ein «neuer» Konsumfranken sei, weshalb dann, wenn es gelte, die Konjunktur anzukurbeln bzw. am Serbeln zu hindern, die realen Löhne entsprechend *heraufgesetzt* werden müssten. Das famose Rezept heisst: Stützung der Nachfrage nach Konsumgütern mit Hilfe einer vorwärtstürmenden Lohnpolitik. Ein Lohnfranken ist auch ein Konsumfranken: Diese Sumpfpflanze im Irrgarten der Nationalökonomie beginnt mit enervierender Regelmässigkeit dann ihre sonderbaren Blüten zu treiben, wenn sich jeweils in den Herbstmonaten das Ritual der *Lohnverhandlungen* zwischen den Sozialpartnern ankündigt. Gewerkschaftsvertreter und Repräsentanten der sozialdemokratischen Partei, die sich in der Wirtschaft vorzüglich auf der Seite der Einkommensumverteilung tummeln und sich weniger um jene der Einkommensentstehung kümmern, werden nicht müde, diese Formel nach allen Regeln der rhetorischen Kunst zu strapazieren. Die Sorge um die Konjunktur, eine gewiss edle Haltung, dient gleichzeitig als Argument für die *Durchsetzung von realen Lohnforderungen*.

Was ist von dieser Rabulistik zu halten? Erstens einmal ist aus einschlägigen Untersuchungen und Statistiken abzulesen, dass Konsumenten in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit aus naheliegenden Gründen beim Erwerb von Gütern *vorsichtiger* zu disponieren beginnen. Sie halten mit Ausgaben, die nicht unbedingt notwendig sind, zurück. Dieses Verhalten bekommen insbesondere die Branchen und Unternehmen, die dauerhafte Konsumgüter herstellen oder importieren, zu spüren. Sie werden von den konjunkturellen Schwankungen nicht selten in überdurchschnittlicher Weise geschüttelt; und die Erholungsphase setzt in diesen wirtschaftlichen Sektoren erst dann ein, wenn sich die Konsumentenstimmung mit steigender Zuversicht in die Zukunft mehr und mehr aufhellt. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass

sich die Konjunkturstatistik bemüht, die Konsumentenstimmung, weil für die Abschätzung der künftigen Entwicklung bedeutsam, zahlenmässig einzufangen. Die Konsumentenstimmung ist jedoch von vielfältigen Faktoren abhängig. Das oft zitierte Bild, dass man den Konjunkturgaul zwar zum Brunnen führen, ihn aber nicht zum «saußen» zwingen könne, bekommt im skizzierten Zusammenhang wirtschaftliche Relevanz. Ein zusätzlicher Lohnfranken fliesst eben nicht schnurstracks in den Konsum. Wahrscheinlicher ist, dass er momentan ganz oder teilweise auf die hohe Kante (Ersparnisse) verschwindet.

Es ist zudem höchst unsicher, ob jener Teil des zusätzlichen Lohnfrankens, der von den Einkommensbezüglern tatsächlich auf die Konsumreise geschickt wird, auch dem Erwerb einer in der Schweiz hergestellten Ware zugute kommt. Die Eidgenossenschaft weist bekanntlich auch auf der Importseite eine sehr hohe internationale Verflechtung auf. Die Möglichkeit, dass der Lohnfranken in die Tasche eines ausländischen Produzenten entschwindet und damit der Binnenwirtschaft verlorengelht, ist deshalb nicht sehr klein einzuschätzen. Im Ausmass, wie dies geschieht, profitieren die Inlandunternehmen nicht von einem zusätzlichen Nachfragestoss. Auch aus diesem Grunde ist ein Lohnfranken eben *nicht notwendigerweise* auch ein Konsumfranken, von dem die schweizerische Wirtschaft profitiert, und die erwähnte «These» ist als wirtschaftspolitische Empfehlung untauglich, ja geradezu gefährlich. Weshalb?

Einkommen verkörpert nicht nur potentielle Nachfrage. Es erscheint in den Bilanzen der Unternehmen zugleich auch als *Kostenfaktor*. Je höher nun der Lohnkostenanteil vergleichsweise zu Konkurrenzunternehmen steigt, desto mehr wird mit einer Politik des hemmungslosen Forderns die *Wettbewerbsfähigkeit* der betroffenen Unternehmen tangiert. Diese haben zwei Strategien, sich einer solchen Pression entgegenzustellen: einerseits die Verlagerung von Produktionslinien in meist ausländische Regionen mit einem *tieferen Lohnniveau* (mit entsprechenden Arbeitsplatzverlusten im Inland) und andererseits die Rationalisierung, d. h. die partielle Ersetzung des Produktionsfaktors Arbeit durch Kapital, ebenfalls

mit negativen Konsequenzen im Bereich der Arbeitsplätze. Sollte keiner dieser Wege gangbar sein, so können Unternehmen in *existenzgefährdende Turbulenzen* geraten. In geradezu dramatischer Weise sind diese Vorgänge heute in einigen Transformationsländern, besonders deutlich etwa in den neuen Bundesländern, sichtbar. Die relativ hohe Arbeitslosigkeit in der ehemaligen DDR hat auch mit der zu raschen Anpassung des Lohnniveaus an den Weststandard zu tun. Es sollte sich nun auch in Gewerkschaftskreisen herumgesprochen haben, dass eine Vollbeschäftigungspolitik bzw. eine Politik, die auf die Arbeitsmarktsituation Rücksicht nimmt, im Widerspruch zu einer

Politik steht, die ohne Rücksicht auf Verluste *Einkommensoptimierung* anstrebt.

«Ein Lohnfranken ist ein Konsumfranken». Wäre diese simple These zutreffend, so liesse sich jeder Konjunkturreinbruch mit einer *nachfrageschöpfenden Lohnwelle* vermeiden. Um zu erkennen, dass dies blanker Nonsens ist, genügt eigentlich schon der gesunde Menschenverstand; das Studium von *Keynes* ist dazu nicht notwendig. Und ebenso ist unmittelbar einsichtig, dass in einer Wirtschaft nur das an zusätzlichen Einkommen verteilt werden kann, was vorher erarbeitet (Wertschöpfung) worden ist. Die Grenzen werden durch den Produktivitätsfortschritt bestimmt. ♦

Christina Vogel

EIN «PAUL VALÉRY-ZENTRUM» IN BUKAREST

Das Ortsgedächtnis erwacht langsam. Vor zehn Jahren bin ich zum letzten Mal die Calea Victoriei (im Gegensatz zu anderen Strassen sah man keinen Grund, deren Namen zu ändern) entlangelaufen, immer auf der Lauer nach sich neu bildenden Schlangen. Damals war man ganz Jäger und Sammler. 1994 melden meine von der Reise noch benommenen Sinne: heisser, etwas zu friedlich wirkender Sonntag. Bald fünf Jahre sind nun seit der «Revolution» – meine rumänischen Freunde werden mich lehren, einfach von «den Ereignissen» zu sprechen – vergangen. Ernüchert registriert der erste Blick das Fehlen von deutlichen Zeichen des Wandels, von untrüglichen Spuren des Aufschwungs. Hingegen: viel Staub, schwarze Fassaden, Ladengeschäfte im Um-, Ab- oder Aufbau. Angefangenes, Unfertiges, Verlassenes. Auf der weiten Piata Revolutiei wird die Atmosphäre leichter. Trotz der rostigen Baugerüste ahnt man, dass die während «der Ereignisse von 1989» stark beschädigte Zentralbibliothek bald wieder – zumindest vorübergehend – in hellen Farben dastehen wird. Der frühere Königspalast, das Kunstmuseum und auch das berühmte Hotel «Athénée Palace» werden restauriert.

Den aus Frankreich, Italien, England angereisten Kollegen, die am Kolloquium teilnehmen sollen, das aus Anlass der Gründung eines «Paul Valéry»-Zentrums in Bukarest organisiert wird, versuche ich zu erklären, sofern sie zum ersten Mal nach Rumänien oder überhaupt nach Osteuropa gekommen und etwas schockiert sind, wie relativ alles ist. Im Vergleich zu meinen Erfahrungen, im Vergleich zum Rumänien der achtziger Jahre, grenzt so vieles an ein kleines Wunder: warmes Wasser, Toilettenpapier, saubere Bettwäsche, ein volles Frühstücksbuffet.

Bös erwacht sind jetzt vor allem Künstler und Intellektuelle, Schriftsteller, Maler, Bildhauer. Wo früher die allmächtige Zensur ihr Schaffen scharf beobachtete und einschränkte, macht man nun die schmerzliche Erfahrung mit den Grenzen, welche die freie Marktwirtschaft festlegt. Die staatlichen Subventionen sind gestrichen. Pessimistischer aber stimmt die schwindende Nachfrage. Die Leser werden den Schriftstellern untreu, das Publikum läuft den Künstlern davon. Lesen bietet nicht mehr die seltene Möglichkeit, sich einen Freiraum zu erobern, nach einem verborgenen Sinn oder versteckter Kritik zu suchen. Kunst ist kein privilegiertes Refugium mehr. Zudem ist sie ein teurer Spass. Früher war eine dicke Lyrik-Anthologie für 50 Lei zu haben, heute zahlt man für das dünne Bändchen «Fragmentarium» (Bucuresti, Humanitas, 1994) von *Mircea Eliade* über 2000 Lei. Sicher, das sind umgerechnet nicht einmal zwei Franken. Das ist viel, wenn man bedenkt, dass ein Literaturkritiker für eine längere Sendung am Radio 1500 Lei erhält, dass es Rentner gibt, die mit 14 000 Lei im Monat überleben müssen.

Tatsache ist, dass die Wertehierarchie im Umbruch begriffen ist; ins Fliessen und Wanken geraten sind alle Normen. Im Moment haben nun einmal viele Rumänen das oft noch nicht gestillte Bedürfnis, Jeans zu tragen, Marlboro zu rauchen, westliche Produkte zu konsumieren, haben den Wunsch, in jene paradiesischen Gefilde zu gelangen, die ihnen auf allen Stellwänden verheissen werden.

Es wird nicht mehr gelesen? Auf den Strassen bieten unzählige Stände Bücher an: viel Sex, Gewalt, Esoterik. Dasselbe Bild in manchen Buchhandlungen. Doch der erste Blick täuscht. Beim genaueren Hinsehen entdeckt man zwischen der «littérature

de gare» – camouffiert unter einheitlich gestalteten, farbig schwülstigen Buchdeckeln – Übersetzungen aus dem Französischen, Romane von *Balzac* oder *Raymond Radiguet*; auf den Umschlägen eine vollbusige, schmachtende, junge «Eugénie Grandet» oder der schöne Held aus «Le Diable au corps». Im klaren Gegensatz zu solchen Verkaufsstrategien gibt der bekannte Humanitasverlag in unpräntiöser Art die lang verbotenen und nur unter grösster persönlicher Gefahr verbreiteten Bücher von Mircea Eliade und *Cioran* heraus. Die Exilliteratur von gestern wird ins Rumänische übersetzt oder neu ediert.

Der Buch- und Zeitschriftenmarkt befindet sich im Umbruch, sucht die verschiedenen potentiellen Zielgruppen zu definieren. Von den über 40 Literaturzeitschriften, die nach 1989 explosionsartig und etwas blindwütig herausgegeben wurden, bis kein Geld mehr vorhanden war, haben gerade noch die vier grössten, unter ihnen die bekannte «România literară», überlebt und sind auf der Suche nach privaten Sponsoren. Hier ist man bestrebt, die Vergangenheit zu bewältigen. Das «Jurnalul literar» beginnt, die Securitate-Verhöre, die 1959 während des Prozesses gegen die deutschen Schriftsteller *Wolf von Aichelburg*, *Hans Bergel*, *Andreas Birkner*, *Georg Scherg* und *Harald Siegmund* aufgezeichnet wurden, zu publizieren.

Jeder Zeit ihre Kunst. Das «nachrevolutionäre» Rumänien findet seinen Ausdruck im Theater, mobilisiert und interessiert sich vor allem für seine Regisseure und Filmemacher – man denke an *Serban* oder *Pintilie*. Der kontemplativen Ruhe ist die aktuelle Stimmung abhold. Um die Museen kümmert sich niemand. In schummrigen Sälen ist der Besucher ganz allein mit den Bildern von *Grigorescu*, *Andreescu*, *Pallady*, *Luchian*, *Tonita*, und dem zahlreichen Aufsichtspersonal, das hinter Vorhängen versteckt (vor wem?) Musik hört, verstohlen speist oder dahindämmert.

Ein Forum gemeinsamen Denkens

Was soll man unter diesen Bedingungen von einer wissenschaftlichen Tagung, veranstaltet aus Anlass der Gründung eines Valéry-Zentrums, halten? Beschäftigen die Rumänen nicht wesentlichere Fragen, haben sie nicht wichtigere Aufgaben zu lösen, zentralere Figuren oder Themen zu behandeln? Das Kolloquium unterläuft die geschäftige Betriebsamkeit, welche die Leute völlig zu absorbieren droht. Es eröffnet einen vorerst kleinen Raum, in dem neue Realitäten durchgespielt werden können. Schnell erweist es sich als zweitrangig, ob nun Valéry oder X auf dem Programm steht. Das Forum wird als Ort der geistigen, gesellschaftlichen, ja politischen Auseinandersetzung verstanden. Wichtig ist der Gedankenaustausch über die alten, in den Vorstellungen wei-

terlebenden Grenzen des «Eisernen Vorhangs» hinweg, zwischen Intellektuellen aus West- und Osteuropa. Es macht Sinn, gerade jetzt, wo in Rumänien die wirtschaftlichen und ideologischen Debatten den Alltag dominieren, eine Veranstaltung durchzuführen, an welcher (dank der Unterstützung des französischen Staates, der Spenden der Fondation Soros «Pour une société ouverte», der Hilfe verschiedener Institutionen wie des Schweizerischen Nationalfonds) geistige, künstlerische, ethische und ästhetische Werte im Mittelpunkt stehen.

Rumänien – das soll uns bewiesen werden – verdient eine umfassendere Beachtung, ist nicht gleichzusetzen mit empörenden Kinderheimszenen, mit brutalen Bildern, auf welchen Minenarbeiter Studenten und Oppositionelle zusammenschlagen, nicht zu reduzieren auf die – sicher berechtigten – Berichte von mit Füßen getretenen Minderheitenrechten und ins Stocken geratenen Reformen. Durch die Jahre des Terrors, der Repression und Einschüchterung wurden unter persönlichen Opfern die nicht ideologiekonformen Denkweisen und Werte verteidigt von Schriftstellern, Philosophen, Kritikern und Verlegern wie *Constantin Noica* (gest. 1987), *Alexandru Paleologu*, *Stefan Aug. Doinas*, *Ana Blandiana*, *Nicolae Manolescu* und vielen anderen. Vorsicht: Das Nennennamen ist ein gefährliches Unterfangen. Man unterlässt, beurteilt voreilig, zweifelt die falschen Meinungen an, gerät in den Strudel von Ressentiments. Und dennoch braucht es den Glauben an einzelne, integere Personen.

Mancher rumänische Teilnehmer sieht in dieser Tagung, an der leider die jüngere Generation untervertreten ist, eine Gelegenheit, mit seinen Feinden abzurechnen, fordert die politische oder intellektuelle Rehabilitierung. Herr Valéry spielt in diesen oft dramatischen Momenten die undankbare Rolle des *bouc émissaire*, wird verantwortlich gemacht für alle Unterlassungen und Fehleinschätzungen, die dem Westen pauschal vorgeworfen werden. Die Gründung eines Centre Valéry hat einen symbolischen Wert, sie gibt all jenen Kulturschaffenden, Wissenschaftlern und Forschern Mut, die auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Westen hoffen und angewiesen sind. Dieser Akt ist Zeichen, dass wir unsere rumänischen Freunde und Kollegen nicht vergessen, dass wir ihre Arbeit, ihren Einsatz zur Kenntnis nehmen, auch dann, wenn sich ihr Land in einer Weise verhält, die wir – und sie selbst – nicht billigen können und deshalb verurteilen. Wachsamkeit ist geboten, nicht Distanz, Gleichgültigkeit oder Schaulust. ♦

CHRISTINA VOGEL, Zürich, Romanistin, habilitiert sich zur Zeit mit einer Arbeit über die «Cahiers» von Paul Valéry.